

Schleswig-Holstein

LESER-ECHO Schleswig-Holsteiner sagen, welche Probleme eine neue Landesregierung nach dem 6. Mai vordringlich anpacken soll

„Chancengleichheit herstellen“

BILDUNG
Ruhe ist es nicht allein, was sich Schleswig-Holsteiner an den Schulen wünschen. „Als Grundschullehrerin kann ich diese Ungerechtigkeit gar nicht fassen“, empört sich etwa Martina Dudek aus Wees bei Flensburg und fragt: „Wussten Sie, dass Grundschüler der ersten und zweiten Klassen bei unserem Nachbarn Hamburg täglich eine Unterrichtsstunde mehr haben?“ Nämlich 25 Wochenstunden statt 20 Wochenstunden in Schleswig-Holstein. Allein in den ersten zwei Jahren ergebe das etwa 400 Stunden weniger. Dudek vermisst Chancengleichheit.

Ein Leser aus Husum wäre schon froh, wenn zumindest die offizielle Stundenzahl unterrichtet würde: „Mein Sohn hatte alleine im ersten Quartal 2012 21 Stunden Unterrichtsausfall in Mathematik. So etwas darf nicht mehr passieren.“ Eine flächendeckende Rückkehr zu G9 wünscht sich Marko Cornils, ebenfalls aus Husum. Und wenn schon nicht überall, dann wenigstens in Städten mit mehreren Gymnasien an mindestens einem von ihnen. So, wie es in Plön oder Schleswig sei, nicht aber in seiner Stadt. „Lieber entspannteres Lernen und noch Zeit für Verein und Freizeit“, lautet Cornils' Argument.

Tanja Nickel aus Bönebüttel bei Neumünster fordert, Probleme beim Schulwechsel nach der 4. Klasse zu lösen. Es gebe Kinder, die keinen Platz an der nahen Gemeinschaftsschule bekämen, wenn sie keine Empfehlung für das gymnasiale

ale Niveau hätten oder dort nicht schon über ein Geschwisterkind verfügten – und die dann auf Regional-Schulen müssen, die per Rad kaum seien. Sieben Kilometer betrage in seinem Fall der Unterschied bei der Entfernung. Helro Witte aus Wobbenbüll (Kreis Nordfriesland) wünscht sich, dass das Land sich schlichtweg aus der Schulpolitik verabschiedet: Er möchte, dass sich eine Regierung aus SPD, Grünen und SSW für eine Reform zu einem bundesweit einheitlichen Bildungssystem einsetzt. „Das würde ergeben, dass bei einer Pisastudie auch Äpfel mit Äpfel verglichen werden und nicht Äpfel mit Birnen.“

„Mein Sohn hatte alleine im ersten Quartal 2012 21 Stunden Unterrichtsausfall in Mathematik.“

Ein Leser aus Aukrug ruft dazu auf, die Schülerbeförderung „bezahlbar“ zu machen. Für die Monatskarte seiner 17-jährigen Tochter werden derzeit knapp 190 Euro pro Monat fällig. Mit der Versetzung des Sohnes in die 11. Klasse im Sommer komme eine zweite Monatskarte für die Strecke nach Neumünster hinzu: „Für einen Beamten mit Besoldungsgruppe A8 und eine Hausfrau, Mutter und Teilzeitarbeiter (1100 Euro brutto) eine Menge Holz.“ Nicht einmal bei der Einkommenssteuererklärung könne man diese Kosten geltend machen.

14 Kilometer in die Kita

KINDERGÄRTEN

„Die Kinderbetreuung muss dringend verbessert werden“, fordert Sonja Dammeyer aus Winnemark bei Kappeln. „Es kann nicht sein, dass man ein Arbeitsangebot ablehnen muss, weil man keinen Kindergartenplatz für ein U3-Kind bekommt“, klagt sie. „Ab 2013 hat jedes Kind einen Anspruch auf einen Platz – hier konnte man mir den nicht einmal für das vierte Lebensjahr meiner Tochter zusagen. Nun fahre ich täglich 14 Kilometer, um sie dort betreuen zu lassen!“ Für viel zu kurz hält die Winneckerin, dass die Hortplätze für Grundschüler nur bis 13.30 Uhr gehen: „Für berufstätige Mütter ein Witz.“

Internet fürs Dorf

DATENAUTOBAHN

Das schnelle Internet kommt auf dem Land nach wie vor nicht schnell genug voran, lautet ein Kritikpunkt in den Einsendungen. „Wir brauchen unbedingt einen DSL-Ausbau in den kleinen Gemeinden“, macht etwa ein Leser aus Süderau (Kreis Steinburg) deutlich. „Als wir aus Hamburg hierher gezogen sind, haben wir uns keine Gedanken darüber gemacht, dass es hier kein Internet gibt. Und da wundert man sich, dass die Leute nicht auf dem Land leben wollen.“

Die Kehrseite der erneuerbaren Energien

VERMAISUNG

Einen großen Aufreger stellen die Auswirkungen der Energiewende auf die Natur dar. So spricht ein Leser aus Osterhever zusammenfassend von der „Zerstörung der Landschaft durch die Agroindustrie“. Er wendet sich gegen weitere Biogas-Anlagen, eine fortschreitende Vermaischung der Landschaft und kilometerweite Photovoltaikflächen. Pultdachflächen oder -scheunen für

weist darauf hin, dass Maisbauern die Pacht für Land in die Höhe treiben. Das gefährde die Existenz herkömmlicher Betriebe, noch dazu mit Hilfe staatlich garantierter Einspeisevergütungen für aus Mais erzeugten Strom. In einer Zusendung aus Gnutz bei Nortorf heißt es: „Unsere noch vor zehn Jahren traumhaft schöne Landschaft ist bald völlig ruiniert durch massenhaftes Absägen alter Bäume aus den Knicks, Zusammensäbeln der Knicks auf Streichholzbreite und Maismonokulturen.“ Ein Leser aus Großsolt bei Flensburg wünscht sich: „Die neue Landesregierung besinnt sich zum Wohle der Bevölkerung auf Paragraph eins des Bundesnaturschutzgesetzes, nach dem Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft zu schützen und auf Dauer zu sichern sind. Ebensovienig fehlt in den Stimmen der Protest gegen eine Verdopplung der Flächen für Windkraft. Ein Groß Kummerfelder etwa hält im Fall über 150 Meter hohen Rotoren einen Abstand von bloß 400 Meter zur nächsten Bebauung für rücksichtslos. Er ruft nach zwei Kilometer Distanz. Außerdem stört er sich daran, dass Bürgerentscheide – ob zur Windkraft oder zu anderen Themen – nur zwei Jahre Geltungsfrist entfalten.“

„Unsere noch vor zehn Jahren traumhaft schöne Landschaft ist bald völlig ruiniert.“

Sonnenenergie findet der Eiderstedter „ebenfalls in ihrer Massierung schlimm“. Die Politik müsse „für Grenzen dieses Gewinnstrebens der bedenkenlosen Landwirte sorgen“.

Udo Damerau aus Fahrdorf prangert die Überproduktion erneuerbarer Energie ab, die mangels Netzkapazitäten nicht abgeleitet werden kann. Eine Imkerin und Wanderschäferin aus Tolk (Kreis Schleswig-Flensburg) spürt in ihrem Alltag durch den Maisanbau einen „Verlust von Blüh- und Weideflächen sehr deutlich“. Ein Leser aus Damp (Kreis Rendsburg-Eckernförde)



WAS IN SCHLESWIG-HOLSTEIN BESSER WERDEN MUSS



Wo Politik am schnellsten handeln soll

Politik zum Mitmachen: Unter diesem Motto fragte unsere Zeitung die Schleswig-Holsteiner, worum sich die nächste Landesregierung nach der Landtagswahl am Sonntag am dringendsten kümmern soll. Bei den Wünschen ganz vorn liegen der Bau neuer und die Reparatur vorhandener Straßen, die Schulpolitik und ein Stopp des Mais-Anbaus für Biogasanlagen.



DIE TOP-THEMEN

- In absteigender Reihenfolge: Hier sehen die Leser den größten Handlungsbedarf
1. Straßenausbau
 2. Bildung
 3. Stopp der „Vermaischung“
 4. Haushaltssanierung
 5. Öffentl. Personennahverkehr
 6. Ausbau der Energienetze
 7. Naturschutz allgemein
 8. Ärztliche Versorgung
 9. Verkleinerung des Landtags
 10. Innere Sicherheit
 11. Firmenansiedlung
 12. Leerstände in Innenstädten
 13. Kinderbetreuung
 14. Windkraftausbau
 15. Öko-Landwirtschaft
 16. Gemeinde-/Kreisfusionen
 17. Einbeziehung der Bürger
 18. Schülerbeförderung



„Praxen-Einstieg erleichtern“

ÄRZTLICHE VERSORGUNG

Das Auseinanderklaffen von niederlassungswilligen Medizinern einerseits und einer immer älter werdenden Bevölkerung andererseits spiegelt sich in dem Stimmungsbild unserer Leser wider. Heiner Kopp aus Medelby (Kreis Schleswig-Flensburg) ist einer von mehreren, die die Politik auffordern, dem Ärztemangel in ländlichen Regionen zu begegnen: „Praxen stehen leer, könnten aber genutzt werden und somit Steuern einbringen.“ Kopp wünscht sich „Schmankerl“, um Neueinsteigern den Anfang zu erleichtern.

„Bessere Verbindungen“

ÖPNV

Der Appell nach besseren Bus- und Bahnverbindungen steht in der Themen-Hitparade der Leser auf einem vorderen Platz. Auch im ländlichen Raum hat sich nicht jeder mit der Ausdünnung der Fahrpläne abgefunden. Wohnt man etwa in Beidenfleth (Kreis Steinburg) und will nach Itzehoe, „braucht man anderthalb Stunden mit dem ÖPNV – untragbar!“ In Schenefeld (Kreis Steinburg) wird ein zu geringes Zusammenspiel von Bus und Bahn bemängelt; ein Eutiner hält einen dichteren Takt bei den Bahnverbindungen für nötig.

„Straßen-Ausbau sichert Arbeitsplätze“

VERKEHR

Die Straßenschäden nach zwei harten Wintern sind längst noch nicht behoben – und weitere Verkehrswege spielen eine Schlüsselrolle für die Zukunft des Nordens. Diese beiden Verkehrsthemen beschäftigen die Leser am meisten. Während die Fehmarnbelt-Querung nur zwei Mal als wichtig erachtet wird, liegt ein Weiterbau der A20 mit einer westlichen Elbquerung vorn. „Durch die A20 wird der Knoten Hamburg entlastet und zugleich die gesamte Nordseeküste besser an die Wirtschaftszentren angebunden“, argumentiert ein Leser aus Glückstadt. Auf einen Aufschwung der Westküste durch die A20 hofft auch Michael Scheffler aus St. Michaelisdonn (Dithmarschen). Bei der Verkehrsinfrastruktur gehe es um Ansiedlung und Sicherung von Firmen. „Arbeitsplätze und Steuereinnahmen aus den Gewinnen florierender Unternehmen sind die Grundlage für die Gestaltung des privaten und öffentlichen Lebens im Land!“ Ein Brunsbütteler wünscht sich, die A20 statt bis Glückstadt lieber bis Itzehoe zu bauen und so an der Störstadt vorbei eine Nordumgehung zu schaffen.

Weiter oben wartet eine weitere Großbaustelle: Peter Westhof aus Tönning empfindet den Engpass auf der B5 zwischen seinem Wohnort und Husum als „mittelalterlich“. Der ganze Norden, nicht zuletzt die Tourismusbranche, leide an der miserablen Verkehrssituation. Ein weiterer Leser aus Tönning fordert, die Zulassung der Giga-Liner auf der B5 zurückzunehmen. „Die

„Durch die A20 wird die gesamte Nordseeküste besser angebunden.“

Versorgung des nördlichen Landesteils ist dadurch ebenso wenig gefährdet wie bisher!“ Sonja Dammeyer aus Winnemark (Schlei) ärgert sich über den „erbarmungswürdigen Zustand“ einiger Kreisstraßen.

Wiederholt thematisiert wird auch der Zustand vieler Wirtschaftswege. Deren Breite sei für die inzwischen erreichte Größe der Trecker nicht ausgelegt, beklagt sich ein Leser aus Börm südwestlich von Schleswig. Begegne man als Radfahrer einem Schlepper mit Güllewagen, werde es „lebensgefährlich“.

„Sparen, auch beim Landtag“

FINANZEN

Im Mittelfeld der Rückmeldungen liegen Appelle von Lesern, den Konsolidierungskurs der Haushalte fortzusetzen. „Wir müssen sparen, sparen, sparen!“ heißt es etwa in einer Zuschrift aus Aukrug. „Die Schuldenpolitik treibt uns alle in den Ruin, insbesondere Familien mit Kindern“, so die besorgte Stimme weiter.

„Die Schuldenpolitik treibt uns alle in den Ruin, insbesondere Familien mit Kindern.“

Ein Leseraus Reinfeld (Kreis Stormarn) stellt fest: „Hauptaufgabe der Politik ist es, die dramatische finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte zu verbessern, um Schleswig-Holstein wieder Spielräume für Investitionen zu geben. Nur solide finanzielle Verhältnisse sichern langfristig die Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes.“ Deutlich wird der Wunsch, dass der Landtag durch ein weiteres Sparen bei sich selbst mit gutem Beispiel vorange-

hen soll. Vielen geht die Verkleinerung, wie sie nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts zur vorzeitigen Auflösung des Parlaments beschlossen worden ist, nicht weit genug. „Wir haben viel zu viele Abgeordnete im Parlament, was wir uns finanziell überhaupt nicht leisten können“, meint Jürgen Kunstmann aus Wankendorf (Kreis Segeberg). „Die maßgebliche Politik wird sowieso nur durch einige Personen bestimmt, so dass höchstens 50 Parlamentarier ausreichen.“ Ein Neumünsteraner äußert: „Die Politiker sollten beim Sparen bei sich selbst beginnen und den Landtag wieder auf 69 Mitglieder herunterschrauben. Spart fürs Land und für die Bürger, denn die zahlen für jeden, der auf seinem Sessel klebt.“

Helmut Mentz aus Schüllendorf bei Rendsburg hat folgenden Vergleich ausgerechnet: „Nordrhein-Westfalen hat 13 Millionen Einwohner und 130 Landtagsabgeordnete, also einen Parlamentarier pro 100.000 Einwohner. Das bedeutet, dass für Schleswig-Holstein 30 Abgeordnete ausreichen.“